DSTG
DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

BLICKPUNKT NIEDERSACHSEN

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Treffen mit dem neuen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider

Am 10. April 2013 fand zwischen der DSTG Niedersachsen und dem neuen Finanzminister Herrn Peter-Jürgen Schneider ein erstes Gespräch statt. Für die DSTG nahmen der Landesvorsitzende Dr. Thorsten Eichenauer und seine Stellvertreterinnen Veronika Deppe, Henriette Schmager und Uschi Japtok teil; aus dem Finanzministerium war der persönliche Referent des Ministers Herr Dr. Pollmann dabei.

In einem ca. einstündigen Gespräch stellten die DSTG-ler die Situation der Beschäftigten der Steuerverwaltung dar und wiesen dabei insbesondere auf die immer weiter steigende Arbeitsbelastung hin.

Zu wenig Personal, eine ständige Verkomplizierung des Steuerrechtes und immer neue Projekte und Veränderungen fordern von den Beschäftigten seit langem einen Arbeitseinsatz, der weit über 100 % liegt.

Dieser Arbeitsbelastung muss unbedingt etwas entgegengesetzt werden, zumal bereits steigende Krankheitstage der Kolleginnen und Kollegen zu verzeichnen sind.

Viele der Beschäftigten haben bereits geäußert, dass sie endlich einmal nur in Ruhe ihre Arbeit erledigen möchten.

Fortsetzung auf Seite 2

von links: Henriette Schmager, Dr. Thorsten Eichenauer, Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, Veronika Deppe, Uschi Japtok und Dr. Tobias Pollmann

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Weiterhin wiesen die DSTG-Vertreter/-innen darauf hin, dass bei einer in der Koalitionsvereinbarung angekündigten Stärkung des Außendienstes der Innendienst der Finanzämter nicht geschwächt werden dürfe. Eine Einstellung von weiteren Anwärtern/-innen, um diese Ankündigung umzusetzen, sei daher unbedingt notwendig.

Das Gespräch fand in einer außerordentlich angenehmen Atmosphäre statt.

Einige Problematiken sind Herrn Minister Schneider aus seiner Tätigkeit bei der Salzgitter AG nicht unbekannt, andere kennt er aus seiner Zeit als Regierungspräsident. Er hob die Bedeutung von Mittelbehörden besonders hervor. Insgesamt haben wir als DSTG-ler den Eindruck gewonnen, dass sich einige Dinge in der Steuerverwaltung auch positiv gestalten werden.

Aus dem Landesvorstand

Herbstseminar der Jugend vom 7. bis 9. November in Osnabrück zu dem Thema „Konfliktmanagement am Arbeitsplatz“

Am 11. April tagten der Geschäftsführende Vorstand und unsere Landesjugendleitung in den Räumen der HuK Coburg in Hannover. Für die gastfreundliche Aufnahme bedanken wir uns herzlich.

Der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer hob in seiner Begrüßung die engagierte und erfolgreiche Arbeit der Landesjugendleitung hervor. Die Zukunft gehöre nur den Vereinen und Verbänden, deren Nachwuchs gut aufgestellt sei.

Die Mitglieder der DSTG-Jugend gewännen Jahr für Jahr viele neue Mitglieder. Der Landesverband Niedersachsen der DSTG drohe nicht Opfer des demographischen Wandels zu werden. Er profitiere vielmehr von demographischer Vielfalt! Dies sei ein Verdienst der DSTG Jugend.

Im Verlauf der gemeinsamen Sitzung wurde u. a. über Fragen der Mitgliederwerbung, der Verbesserung der Aktionsfähigkeit, den Blickpunkt und die Homepage diskutiert.

Alexander Jungmann, Beisitzer in der Landesjugendleitung, erklärte sich bereit, unsere Homepage neu zu gestalten. Wir freuen uns auf frischen Wind.

Unsere Jugend will sich auf ihrem Herbstseminar mit dem Thema „Konfliktmanagement am Arbeitsplatz“ beschäftigen.

Mindestens zwei Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands werden Gast des Herbstseminars sein. Thorsten Eichenauer sagte zu, am 7. November nach Osnabrück zu kommen.

Geschäftsführenden Vorstand und Landesjugendleitung vereinbarten am Ende der gemeinsamen Sitzung, jährlich mindestens einmal zusammen zu tagen.

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. ***(C) 2013** - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten*

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

die Regierungsfraktionen des Niedersächsischen Landtags haben am 30. Mai 2013 beschlossen, die Gehälter der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger für 2013 entsprechend den Tarifverträgen anzuheben. Damit steigen rückwirkend zum 1. Januar 2013 sowohl die Gehälter als auch die Versorgungsbezüge um 2,65 %. Die Abgeordneten sind damit ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten für 2013 nachgekommen.

Wir begrüßen die teilweise Umsetzung des Ergebnisses der diesjährigen Tarifverhandlungen als ersten Schritt in die richtige Richtung. Die Regierungsfraktionen haben damit die bislang geübte Praxis beibehalten, die Tariferhöhungen 1:1 auf die Besoldung umzuklappen. Der im März abgeschlossene Tarifvertrag sieht jedoch weitere lineare Gehaltserhöhungen um 2,95 % für die Tarifbeschäftigten zum 1.1.2014 vor.

Wir fordern die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, die Gehälter der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zum 1.1.2014 ebenfalls um 2,95 % zu erhöhen. Wir sind keine Almosenempfänger, sondern wir haben einen Anspruch auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Der gesamte öffentliche Dienst muss leistungsstark und attraktiv bleiben. Der demographische Wandel wirkt sich bereits heute aus. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst ist rückläufig, weil der Besoldungsrückstand in Niedersachsen aufgrund der Streichung des Weihnachtsgeldes inzwischen mehr als 10 % beträgt. Ferner schrecken die langen Beförderungswartezeiten viele junge Menschen ab, sich beim Land zu bewerben. Wir benötigen jedoch endlich deutlich mehr Anwärternnen und Anwärter als in den zurückliegenden Jahren, um unsere Arbeit sachgerecht - nach Gesetz und Recht - erledigen zu können. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre werden nicht kurzfristig zu beheben sein, aber es muss entschieden umgesteuert werden. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam den Hebel umlegen!

Wir fordern folglich
erstens die Teilhabe des öffentlichen Dienstes an der Gehaltsentwicklung, also die gleiche Steigerung der Tarifentgelte, Gehälter und Versorgungsbezüge;

zweitens eine angemessene personelle Ausstattung in den Veranlagungs- und den Sonderfinanzämtern,
um drittens unserem Auftrag, der Besteuerung nach Gesetz und Recht, nachkommen zu können.

Niemand zweifelt die Bedeutung des Landesrechnungshofes an. Seine vornehmste Aufgabe ist es, der Politik auf die Finger zu schauen. Seine Kritik, viele Steuererklärungen würden nicht gründlich geprüft, trifft zu. Leider fehlt in der Denkschrift die zutreffende Ursachenforschung. Unsere Personalausstattung hinkt mehr als 10 % hinter der Personalbedarfsberechnung hinterher. Täglich befassen sich viele Kolleginnen und Kollegen mit Elstam. Das ist nicht der schwarzweiß gefiederte Vogel, sondern die elektronische Steueranmeldung.

Dieses Verfahren haben wir von der Kommunalverwaltung geerbt. Diese besaß früher die Zuständigkeit für die Lohnsteuerkarten. Der kritische Leser wird zu Recht einwenden, der Eichenauer irre. Ein Erbe, das nur Lasten beschere, könne man ausschlagen. Das Verfahren wurde uns auferlegt - ohne eine zusätzliche Arbeitskraft. Diese Arbeit in den Infotheken unserer Ämter ist psychisch stark belastend, weil ein Teil der Steuerbürger nicht friedlich auftritt. In der Folge steigen die Krankenstände, die den Personalfehlbestand noch vergrößern.

Ich stelle mich vor alle Vorsteherinnen und Vorsteher, vor alle Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter, niemand von ihnen entscheidet frei, ob eine gründliche Prüfung der Steuererklärung vorgenommen wird. Hier irrt der Landesrechnungshof. Von oben werden Fallzahlen ohne jede Rücksicht auf die Steuergesetze diktiert. Auch dieser Umstand stellt eine starke Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen dar. Ein effektiver und gerechter Steuervollzug scheitert weder an unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch an den Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleitern noch an den Vorsteherinnen und Vorstehern. Ursache ist einzig und allein das fehlende Personal!

Wer regiert, kann gestalten. Er oder sie kann jedoch nur gestalten, wenn die Einnahmeverwaltung in der Lage ist, die dem Land zustehenden Einnahmen zu realisieren. Und nur dann herrscht Steuergerechtigkeit. Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern das Problem, die uns zustehenden Einnahmen umzusetzen.

Ich zitiere erneut meinen baden-württembergischen Landesvorsitzenden: „Wer an der Einnahmeverwaltung spart, spart Einnahmen“. Und das ist nach meiner Ansicht Blödsinn!

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Eine Voraussetzung für Steuergerechtigkeit ist die Verständlichkeit des Rechts. Der Bürger muss in die Lage versetzt werden, die Normen zu verstehen und anzuwenden. Jeder von uns nimmt in unterschiedlichen Funktionen am Straßenverkehr teil. Dieser verläuft weitgehend reibungslos, weil die Bürgerinnen und Bürger die Vorschriften verstehen und diese nicht ständig geändert werden. Durchschnittlich eine Steuerrechtsänderung pro Monat verkompliziert das Steuerrecht, die Vordrucke für die Steuererklärung werden regelmäßig „angepasst". Der mit gesundem Menschenverstand ausgestattete Bürger ist nicht mehr in der Lage, sich in diesem Labyrinth zurechtzufinden. Eine Steuerrechtsvereinfachung ist zwingend geboten. Die Politik muss den Reformwahn beenden.

Eine weitere Voraussetzung für Steuergerechtigkeit ist die angemessene Personalausstattung unserer Finanzämter, damit die Erklärungen nach Gesetz und Recht bearbeitet werden können. Die Grüne Woche gehört nach Berlin, grüne Wochen haben in unserer Verwaltung nichts zu suchen!

Der Urwald von Normen entschuldigt allerdings nicht diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich ihrer Steuerpflicht entziehen. Sie haben den Dschungel des Steuerrechts umgangen, um dem Staat, also uns allen, die zustehenden Abgaben vorzuenthalten. Steuerhinterziehung ist ein schwerer Verstoß gegen unsere Solidargemeinschaft. Die Personen machen sich strafbar, die ihre Einnahmen nicht ordnungsgemäß erklären, nicht aber die, die CDs mit steuerrechtlich relevanten Daten kaufen.

Wir bieten den Regierenden unsere Hilfe und unseren Rat an. Wir haben in drei Broschüren die Arbeit der Veranlagungs- und Sonderfinanzämter dargestellt. Wir haben im März dieses Jahres eine Auftaktveranstaltung zum Thema „Steuerrechtsvereinfachung" in Bad Eilsen durchgeführt. Im Hinblick auf den demographischen Wandel benötigen wir auf allen Rechtsgebieten deutliche Vereinfachungen, um unsere Aufgaben auch in der Zukunft bewältigen zu können. Arbeitserleichterungen können zusätzlich durch organisatorische und strukturelle Veränderungen erreicht werden. Beides fordern wir in unseren politischen Gesprächen und unterbreiten entsprechende Vorschläge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sommerferien stehen bevor. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich sonnige und erholsame Urlaubstage. Freuen Sie sich auf die Gehaltsnachzahlung, die Ende Juli erfolgen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Aus dem Landesvorstand

Treffen der DSTG-Vertreter/-innen der NORDKOOP

Das alljährliche Treffen der DSTG-ler aus der NORDKOOP fand in diesem Jahr vom 18. - 20. April wieder in Schenefeld statt. Von Donnerstagabend bis Samstagmittag kamen hier Vertreter der DSTG-Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Für Niedersachsen nahmen der DSTG-Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Veronika Deppe, Henriette Schmager und Uschi Japtok teil.

Im Vorhinein war eine Tagesordnung mit Themenwünschen der einzelnen Landesverbände aufgestellt worden. Es zeigte sich in diesem Jahr auch wieder, dass die Tagesordnung mit einer Vielzahl von Themen gefüllt war.

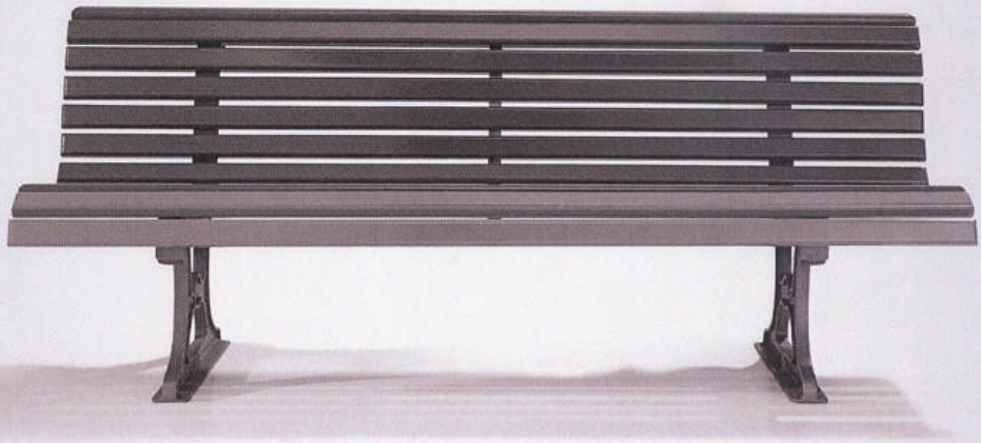
Begonnen wurde die Tagung mit einer Nachbetrachtung der Tarifrunde 2013 für die Länder. Der Abschluss wurde insgesamt als überwiegend positiv bewertet. Der Abschluss ist letztlich doch schnell erfolgt und insbesondere die Anhebung des Erholungsurlaubs auf grundsätzlich 30 Tage hat zu der positiven Reaktion geführt. Die Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich wird im norddeutschen Raum differenziert erfolgen. Allein aus Hamburg war bereits zum Zeitpunkt der Tagung eine 1 : 1 Übernahme zu vernehmen. In Niedersachsen gab es die Zusage zur Übernahme für 2013. Diese Erhöhung wird nunmehr mit den August-Bezügen ausgezahlt werden. Aus den anderen teilnehmenden Landesverbänden wurde berichtet, dass das Ergebnis nicht oder geringer oder mit zeitlicher Verzögerung übertragen wird.

Der am 28. Februar 2013 von der DSTG-Bund ausgerufene gemeinsame Aktionstag ist in allen Bundesl-

Fortsetzung auf Seite 6

Wir setzen auf einfach.
Einfach besser!

- klar
- transparent
- ehrlich



Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
Hildesheimer Straße 84
Lister Meile 89, Marktstraße 45
Langenhagen: Ostpassage 9

Kostenlose Info-Hotline:
0800 3018000

Die WohlfühlBank!
www.sparda-h.de

Sparda-Bank
freundlich & fair

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 4

ändern durchgeführt worden. Das Grundkonzept wird hier als gut empfunden.

Übereinstimmend kamen die DSTG-Vertreter/-innen aber zu dem Ergebnis, dass die Aktion noch verbesserungswürdig sei. Bei einer zukünftigen bundesweiten Aktion wäre es sehr schön, wenn auf der Internetseite der DSTG-Bund entsprechende Informationen auch nachlesbar wären. Und in jedem Land wünscht man sich auch einen höheren Beteiligungsgrad an solchen Aktionen.

Zu dem Tagesordnungspunkt Organisationsangelegenheiten Steuerverwaltung zeigte sich, dass die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedlich organisiert sind. Dabei befindet sich die Steuerverwaltung jedes Bundeslandes auf die eine oder andere Art in der Umstrukturierung.

Und trotzdem grundsätzlich gleiche beamtenrechtliche Regelungen in den norddeutschen Ländern gelten sollten, konnten wir auch feststellen, dass hier durchaus gravierende Unterschiede bestehen.

So gibt es zu den Aufstiegen differenzierte Regelungen, aber auch die Fragen zu einer evtl. Verlängerung der Arbeitszeit über die Altersgrenze hinaus sind unterschiedlich geregelt. Ebenso konnten wir Unterschiede im Bereich der Besoldung und Beihilfe feststellen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt behandelte auch die Aus- und Fortbildung in der NORDKOOP.

In Niedersachsen machen wir uns Gedanken über die zukünftige Anzahl und Qualität der Bewerbungen für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt und die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Wie wir hören konnten, befürchten einige norddeutsche Ländern auch einen zukünftigen Rückgang der Bewerbungen, in anderen ist die Anzahl der vorliegenden Bewerbungen noch ausreichend für die Besetzung der Ausbildungsstellen.

Nach zwei anstrengenden Tagen wurde die Tagung der NORDKOOP am Samstagmittag beendet.

Wieder einmal haben wir gesehen, wie notwendig und fruchtbar ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den DSTG-Vertretern/-innen der norddeutschen Bundesländer ist. Neben den sachlichen Themen bietet dieses Treffen natürlich auch die Möglichkeit, sich intern auszutauschen und zu positionieren. So ist bspw. grundsätzlich auch ein länderübergreifendes DSTG-Seminar angedacht.

An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an den Landesvorsitzenden aus Hamburg und seine Mannschaft für die Organisation dieses Treffens.

Erste Sitzung des Landesvorstand im Jahr 2013

Vom 30. bis 31. Mai 2013 trafen sich die Mitglieder des Landesvorstandes zur turnusmäßigen Sitzung in Verden und befassten sich zunächst ausführlich mit den diesjährigen Tarifverhandlungen.

Bei dem zwischen den Verhandlungsrunden von der DSTG bundesweit als "aktive Mittagspause" organisierten Aktionstag konnte leider nicht die erforderliche Mitgliederbeteiligung erreicht werden. Aber die in Hannover stattgefundene Protestkundgebung resümierten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer wiederum als sehr gelungen, wobei insbesondere auch die gute Organisation in der Zusammenarbeit mit dem DBB bzw. NBB herauszustellen war.

Bei zukünftigen Protestkundgebungen besteht aus DSTG-Sicht hinsichtlich der Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen DBB und DGB ggfs. durchaus noch Luft nach oben. Ein sichtbarer Schulterschluss wäre auch zukünftig ein deutliches Signal an die politischen Verhandlungsführer auf Arbeitgeberseite, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes grundsätzlich Seite an Seite stehen und sich nicht auseinander dividieren lassen.

Hierzu gehört aus DSTG-Sicht unbedingt und eigentlich auch "selbstverständlich" die unveränderte (wirkungsgleiche) Übernahme des Tarifergebnisses für den Beamtenbereich im Bund, in den Kommunen und in allen Ländern!

Obwohl der Niedersächsische Landtag am Vortag unserer Sitzung die Übernahme des Teilergebnisses der Tarifverhandlungen (2013) beschlos-

sen hatte, sind die Erwartungen der bei uns organisierten Beamtinnen und Beamten, die sich insbesondere auch mit sehr großem Engagement bei der Protestkundgebung beteiligt hatten, noch längst nicht erfüllt. Der von der nds. Landesregierung für 2014 artikulierte Haushaltsvorbehalt hat insoweit nicht nur Unsicherheit geschürt. Wie in anderen Bundesländern werden auch in Niedersachsen die Stimmen derjenigen immer lauter, die nach den vielen dienstrechtlichen Negativerlebnissen in der Vergangenheit das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte fordern.

Die Gespräche des Geschäftsführenden Vorstandes mit der SPD-Landtagsfraktion und dem Finanzminister Schneider haben noch keine hinreichenden Aussichten auf die wirkungs-, d.h. zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des 2014er Teilergebnisses der Tarifverhandlungen ergeben. Daher wird bei zukünftigen Aktivitäten eindeutig Priorität auf dieses Thema gelegt werden. So sind u.a. Gespräche mit den Landtagsfraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und CDU bereits terminiert.

Die Vorstandsmitglieder legten abschließend schon differenzierte gewerkschaftliche Strategien als Reaktion auf mögliche Ergebnisse der Haushaltsklausur der Landesregierung bezüglich der Besoldungsforderung für 2014 fest. Mit Blick auf das inzwischen bundesweit auf 18% angestiegene Besoldungsgefälle gilt es besonders in Niedersachsen, die Beamtinnen und Beamten Anschluss halten zu lassen!

Vereinfachung des Steuerrechts

Mit der Podiumsdiskussion im März in Bad Eilsen hat der DSTG-Landesverband bundesweit für Aufsehen gesorgt. Prof. Dr. Kirchhofs Auftritt werden wir als Rückenwind für weitere zielgerichtete Aktivitäten nutzen. Der Landesvorstand beschloss die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Steuerrechtsvereinfachung“.

Parallel wird die DSTG auch bezüglich der sich aus dem Koalitionspapier der neuen niedersächsischen Regierungsparteien ergebenden “Optimierung von Verwaltungsstrukturen" initiativ werden, um von Anfang an (positiv!) mitzugestalten und nicht nur reagieren zu

müssen. Und die Umsetzung der gegenwärtig in den Finanzämtern gesammelten Verbesserungsvorschläge zur Bewältigung des gestiegenen Arbeitsaufkommens bei vermindertem Personal werden unsere Mitglieder in den Personal-, insbesondere den Stufenvertretungen fordern.

Haushalt 2014/2015

Das im Koalitionspapier zur Steuerverwaltung festgehaltene Ziel (100 neue Betriebsprüfer) ist für uns Anlass, wenigstens für jedes der folgenden fünf Jahre mindestens 20 neue Stellen zu fordern.

Für einen Stellenabbau nach der Verwaltungsreform III kann aus unserer Sicht überhaupt kein Raum mehr bleiben. Wir werden ferner nachdrücklich darlegen, dass aufgrund des demografischen Wandels ab sofort nicht weniger als 250 Anwärterinnen und Anwärter in beiden Laufbahngruppen jährlich einzustellen sind.
Selbstverständlich setzen wir uns genauso nachdrücklich für erhöhte Einstellungen im Tarifbereich bzw. entsprechende Mittel für Teilzeitaufstockungen ein. Und wir haben die zukünftig vermehrte Beschäftigung von IT-Spezialisten in unserem Forderungskatalog.

Informationen aus den Stufenvertretungen

Koll`in Ursula Japtok vermeldete für den Bezirkspersonalrat (Finanzen), Finanzminister Schneider halte nicht an der Entscheidung seines Vorgängers fest, wonach Beförderungen nur bis zum 15. des jeweiligen Monats ausgesprochen werden können. Die Aufhebung dieser Vorgabe wird das Verfahren wieder entspannen und erleichtern.

Bezüglich der in diesem Jahr startenden Telearbeit sind die ersten 41 Plätze für einzelne Finanzämter bewilligt. Die Auswahl der Interessentinnen und Interessenten erfolgt unter Beteiligung der betreffenden örtlichen Personalräte. Zur Ausgestaltung der Telearbeit steht ein Leitfaden zur Verfügung.

Die in den Finanzämtern neu bestellten Vertrauenspersonen für soziale Angelegenheiten werden ab Juni extern durch die STEP umfassend geschult. Für die Ausübung der neuen Aufgabe liegt ebenfalls ein Leitfaden vor. Die Evaluierung anhand zu sammelnder Erfahrungen wurde vereinbart. Die in den Ämtern tätigen Vertrauenspersonen sollen ohne konkret festgelegte Freistellung den erforderlichen Freiraum für die Bewältigung ihrer Tätigkeit erhalten. Dies zu gewährleisten sollte vordringliche Aufgabe der jeweiligen Amtsleitungen sein, wofür die DSTG sich die Unterstützung aller örtlichen Personalvertretungen wünscht.

Koll`in Veronika Deppe ging für den Hauptpersonalrat (Finanzen) u.a. auf die Beendigung der Organleihe für die Kfz-Steuer ein. Inzwischen ist der Übergang der Zuständigkeit auf die Bundesbehörde zum

01.07.2014 gesetzlich geregelt. Bei der geplanten sukzessiven Übertragung ist für Niedersachsen bereits der frühe Termin 14.02.2014 vorgesehen, weshalb schon jetzt Schulungen unserer Kolleginnen und Kollegen aus diesem Arbeitsbereich geplant werden.

Über die bevorstehenden Zielvereinbarungen für die niedersächsische Steuerverwaltung wird gegenwärtig noch sehr intensiv diskutiert. Der bisher vorliegende Entwurf bedarf einer nochmaligen Überarbeitung. Hinsichtlich der mit den Finanzämtern abzuschließenden Vereinbarungen wird eine Rahmendienstvereinbarung des Bezirkspersonalrats (Finanzen) mit der Oberfinanzdirektion Niedersachsen angepeilt.

Berichte aus gewerkschaftlichen Gremien

Der Landesvorsitzende Dr. Thorsten Eichenauer gab die Entscheidung des DSTG-Bundesvorstandes bekannt, wonach die bestehende Freizeitunfallversicherung unserer Mitglieder zum 31.12.2013 gekündigt wurde. Daraufhin beschloss der Landesvorstand, unseren Mitgliedern im Fall eines Freizeitunfalls ab Januar 2014 stattdessen ein (erhöhtes) Krankenhaustagegeld von 10,00 Euro zu gewähren, die bisher geltende Entschädigung bei Invalidität oder im Todesfall jedoch nicht fortzuführen.

Der Bericht der DSTG-Jugend enthielt positive Rückblicke auf das letztjährige Herbstseminar in Bremerhaven sowie Weihnachts- bzw. Osteraktionen in der niedersächsischen Steuerakademie.

Die Planungen für das diesjährige Herbstseminar Anfang November in Osnabrück laufen bereits auf Hochtouren.

Koll`in Angelika König konnte von der Landesfrauenversammlung am 07.12.2012 und der dortigen Wiederwahl der DStG-Frauenvertretung ebenso berichten wie von der frauenpolitischen Tagung des DBB im März und der DStG-Bundesfrauensitzung in Bad Godesberg im April 2013.

Der Ehrenrat plant weiter die Durchführung einer Seniorenveranstaltung, zu der bereits durch entsprechende Veröffentlichung im Blickpunkt eine Interessenabfrage erfolgt ist. Zur Umsetzung des Vorhabens werden noch weitere Anmeldungen benötigt.

Der NBB hat - lt. Vortrag des Koll. Hans-Peter Pforr - aktuell eine Info-Mappe zur Verfügung gestellt, die sich mit den Fragen rund um den Eintritt in den Ruhestand beschäftigt. Die sehr umfassenden und hilfreichen Informationen können von unseren interessierten Mitgliedern auf der Homepage des DSTG-Landesverbandes elektronisch abgerufen werden.

Da es 2016 auf entscheidenden Positionen im Geschäftsführenden Landesvorstand personelle Wechsel geben wird, soll die Wahlvorbereitungskommission bereits Ende 2014 eingesetzt werden. Dann können rechtzeitig Vorüberlegungen bezüglich der erforderlichen Nachbesetzungen beginnen.

Vordringlicher erscheint dem Landesvorstand nach aktueller Bestandsaufnahme und Analyse allerdings, die mögliche Optimierung der Situation in den DSTG-Ortsverbänden.

Um die intensive (und erforderliche) Betreuung der Einzelmitglieder auch tatsächlich zu gewährleisten, sind jetzt einzelne Vorstandsmitglieder beauftragt, kurzfristig mit den Ortsverbänden Kontakt aufzunehmen, in denen lfd. Aktivitäten nicht hinreichend deutlich erkennbar sind bzw. Verantwortlichkeiten u.U. vakant erscheinen.

Gespräch mit Mitgliedern der SPD Landtagsfraktion

Zu einem ersten Treffen nach der Landtagswahl mit Vertretern der neuen SPD Landtagsfraktion und der DSTG kam es am 03.05.2013.

Wie schon gute Tradition fand das Treffen mit dem gesamten Arbeitskreis "Haushalt und Finanzen" der Landtagsfraktion statt. Die haushaltspolitische Sprecherin der SPD Fraktion, Renate Geuter und ihre Mitstreiter setzten bei diesem Termin den zwischen beiden Parteien dauerhaft bestehenden Dialog fort.

Auf Seiten der DSTG nahmen der Landesvorsitzende Dr. Thorsten Eichenauer sowie die Kollegin Henriette Schmager und die Kollgen Markus Plachta und Klaus Schmager teil. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde nahm Thorsten Eichenauer zu den vordringlichen Themen aus Sicht der DSTG Stellung.

Der weiterhin hohe Personalfehlbestand in unserer Verwaltung führt zu einer immer größeren Arbeitsverdichtung und letztlich zu einer Überbeanspruchung unserer Kolleginnen und Kollegen.

Als Folge steigt der Krankenstand, und dadurch werden dann die noch gesunden Kollegen noch einmal zusätzlich belastet. Diese Spirale ist einfach nicht mehr hinzunehmen. Hier muss entgegengewirkt werden.

Wir brauchen mehr Personal, und so sind vordringlich die Einstellungszahlen für Anwärterinnen und Anwärter in den kommenden Jahren dauerhaft, deutlich anzuheben. Bisherige Planungen von je 200 Personen je Laufbahn reichen nicht einmal aus, bevorstehende Altersabgänge in den nächsten

Jahren auszugleichen.

Die neue Landesregierung muss die Zahlen deutlichst anheben, und wir als DSTG hoffen auf entsprechende Unterstützung der SPD Landtagsfraktion - jetzt in ihrer neuen Rolle als Regierungsfraktion ganz besonders. Dem Personal gegenüber besteht eine Fürsorgeverantwortung, die unbedingt auch wahrgenommen werden muss.

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem ersten Gespräch war dann der Außendienst. Hier konnte der Kollege Klaus Schmager (selber BP Sachgebietsleiter) diverse Beispiele aus der Praxis anführen, wo in diesem Bereich für Arbeitserleichterung/-entlastung gesorgt werden muss. So ist mittlerweile vermehrt eine Verzögerungstaktik bei den Steuerpflichtigen und/oder Beratern zu bemerken. Unterlagen werden nach Aufforderung nicht oder erst sehr verzögert vorgelegt. Hier wünschen wir uns auch vom Gesetzgeber her mehr Handlungsmöglichkeiten.

Auf Seiten der SPD Vertreter wurden die geschilderten Probleme sehr interessiert aufgenommen und vor allem durch den Abgeordneten Frank Hennig (bis zur Wahl als Prüfer beim Finanzamt für GBp in Osnabrück tätig) auch immer wieder bestätigt und aus eigener Erfahrung sogar oft verstärkt.

Bei diesem Themenpunkt wurde ferner - in Bezug auf das Regierungsprogramm - diskutiert, wie der Außendienst attraktiver gestaltetet werden kann. Die 100 neuen Stellen im Außendienst können nur besetzt werden, wenn hier die Rahmenbedingungen auch stimmig sind. Hier könnte das aktuell im Werden befindliche neue niedersächsischen Reisekostenrecht einen positiven Effekt beitragen. Entsprechende Änderungen zu den bestehenden Regelungen haben die DSTG Vertreter konkret vorgetragen.

Gespräch mit Mitgliedern der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für den 04. Juni 2013 wurde ein erstes Gespräch zwischen dem Abgeordneten Herrn Gerald Heere - Sprecher für Haushalt und Finanzen - und der DSTG vereinbart.

An diesem Gespräch nahmen ferner auch die frauenpolitische Sprecherin und Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen Frau Elke Twesten und der Referent für Haushalt, Finanzen, Kommunales, Sport Herr Simon Schütte teil. Der Landesvorsitzende der DSTG Thorsten Eichenauer wurde begleitet von den Landesvorstandsmitgliedern Guido Seemann, Marianne Erdmann-Serec, Reiner Küchler, Henriette Schmager und Uschi Japtok.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde brachte der DSTG-Landesvorsitzende die Wünsche der DSTG zur Sprache. Aktuell äußerte er den dringenden Wunsch, dass nach der Übernahme des Tarifergebnisses 1 : 1 für 2013 auch eine Übernahme für 2014 in gleicher Art erfolgen müsse! Die Streichung der Sonderzuwendung sei von den Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung weiterhin nicht vergessen. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme sei erforderlich.

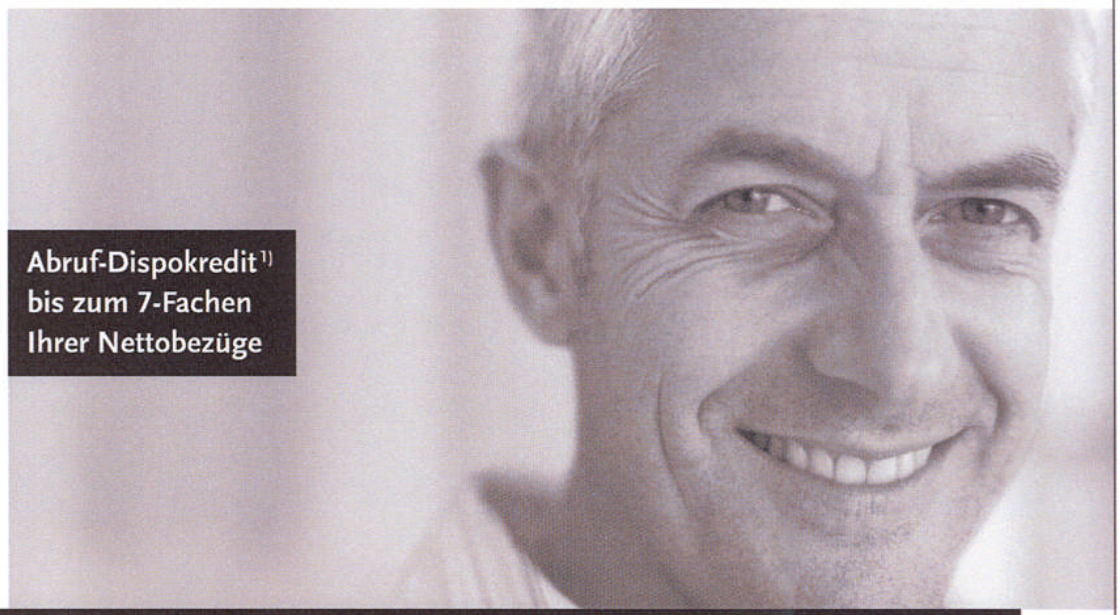
Thorsten Eichenauer wies im Anschluss darauf hin, dass der Demografische Wandel durch die geplanten Einstellungszahlen bei weitem nicht aufgefangen werde. Leider sei in der Vergangenheit verabsäumt worden, rechtzeitig die benötigte Anzahl von Anwärtern einzustellen. Das entsprechende Personal fehlt jetzt an allen Ecken und Enden. Zu Recht fragen sich Kolleginnen und Kollegen des öfteren, wie man eigentlich Einstellungszahlen in der Steuerverwaltung abhängig von der Haushaltslage festlegen konnte. Denn eines wird deutlich: Wer in der Steuereinnahmeverwaltung spart, spart an Einnahmen!

Hier ist jetzt die Politik gefordert! Mehr Personal in der Steuerverwaltung bedeutet auch mehr Steuereinnahmen. Zwar bieten Risikomanagementverfahren die Möglichkeit, mit einem geringeren Personalbestand die anfallende Arbeit eines Jahres in einem Jahr zu erledigen. Allerdings kann die Technik die Prüfung durch gut ausgebildete Steuerleute nicht ersetzen. Steuermehreinnahmen sind durch Einsatz der Risikomanagementverfahren nicht zu erwarten. Viele der dringend benötigten guten Bewerbungen bleiben jedoch schon heute aus, weil u.a. die Fortkommenschancen wegen der z.T. langen Beförderungswartezeiten als schlecht eingeschätzt werden und der Arbeitsmarkt auch andere Chancen bietet. Auch im Tarifbereich sollten unbedingt Einstellungsmöglichkeiten mit dem erforderlichen Personalkostenbudget geschaffen werden. Im Bereich weiterer Mitarbeiter und Verwaltungsdienst ist gleichermaßen der Demografische Wandel aufzufangen. Und sicherlich ist es nicht Aufgabe des Vorstehers eines Finanzamtes, die Akten zu transportieren.

Einige Ideen, die zu mehr Steuereinnahmen führen könnten, wurden für den Bereich des Außendienstes von den Landesvorstandsmitgliedern Guido Seemann und Marianne Erdmann-Serec vorgetragen. Eine Idee ist z.B. für den Außendienst IT-Personal auf dem freien Arbeitsmarkt zu gewinnen. Ohne das technische know-how für das Auslesen der computergespeicherten Daten ist ein Arbeiten in der Betriebsprüfung und Steuerfahndung nicht mehr möglich. Der Wunsch der DSTG an die Politik ist es, auch für diese Einstellungen Personalkostenbudget zur Verfügung zu stellen.

Einen Wunsch zur sofortigen Umsetzung haben die DSTG-ler an die Politiker/-in:
Im Zeitalter von bspw. ELSTAM stehen unsere Kolleginnen und Kollegen immer wieder im Fokus der Steuerpflichtigen und Steuerberater. Und manchmal sind die Äußerungen nicht unbedingt positiv.

Was Politik ad hoc leisten kann, ist, den Beschäftigten in der Steuerverwaltung Wertschätzung entgegen zu bringen.



1) Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied
2) Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %

0,– Euro 1) Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto 1)

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 6,99 % 2) p. a. Abruf-Dispokredit 1)

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	**7,18 %**

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

+ 0,– Euro Depot 1)

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank eG
Direktbank, 76119 Karlsruhe
Telefon 07 21/141-23 09, Telefax 07 21/141-23 08
E-Mail direktbank@bbbank.de

+ 30,– Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BÖRSE ONLINE
Beste überregionale Filialbank des Jahres 2012
BBBank
Ausgabe 26/2012
n-tv

BB Bank
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst